

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Joachim Lenders, Karl-Heinz Warnholz,
Dennis Thering, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hausbesetzung im Münzviertel beenden, das wichtige Wohnungsbauprojekt nicht gefährden und alternative Unterbringungsmöglichkeiten für die Stadtteilprojekte prüfen

Auf Grundlage eines monatlich kündbaren Mietvertrages hat sich in den Räumlichkeiten einer ehemaligen Kita im Hamburger Münzviertel das sogenannte Kollektive Zentrum (KoZe) etabliert. Ursprünglich wurde dem „Kunstlabor Naher Gegenden“ (KuNaGe) eine Zwischennutzung des Gebäudeteils ermöglicht, um Kulturschaffende Übergangsweise zu unterstützen, bis der Investor HBK (HBK Hanseatische BauKonzept GmbH & Co. KG) sein Wohnungsbauprojekt realisiert. Das Projekt der HBK umfasst im größeren Stil die Schaffung von sozialem Wohnungsbau und Studentenwohnungen. Das gesamte Grundstück wurde Ende 2014 rechtmäßig an die HBK veräußert.

Mittlerweile ist im KoZe jedoch neben einigen wenigen handwerklichen und kulturellen Projekten ein großes, stark politisiertes Feld verschiedener Initiativen und Gruppen entstanden, zum Teil mit eindeutig linksextremistischem Hintergrund, die das Wohnungsbauprojekt verhindern und das Gebäude langfristig besetzen wollen. Abweichend vom Mietvertrag wurden auch die oberen Stockwerke des Gebäudes beansprucht. Die Begehung des Objekts von Vertretern der Stadt und der HBK Anfang Juni wurde von KoZe-Aktivisten erschwert, den anwesenden Personen wurde der Eintritt jeweils nur einzeln ermöglicht. Auf der Internetseite des KoZe (www.koze.in) und weiteren Internetforen wird zu kollektiven Aktionstagen im KoZe aufgerufen, um ein breites Unterstützerfeld zu mobilisieren. Ferner heißt es unter dem Titel „*Unsere Koze gegen ihre Scheisse*“ auf der Seite koze.in: *„Das Gebaeude soll an einen Privatinvestor verschachert werden, um abzureissen und einen haesslichen Neubau hinzutrotzen. Naturgemaes haben dir da keinen Bock drauf (...) wir werden um den Erhalt des Koze kaempfen!“* Die Eingangstür zum angrenzenden Schulgebäude auf der Hofseite wurde mit Sperrholz verschlossen und verschiedene Schlösser wurden ausgetauscht. Sowohl die Polizeibehörden als auch der Hamburgische Verfassungsschutz registrieren ein linksextremistisches Unterstützerpotenzial im KoZe und warnen vor drohenden Auseinandersetzungen im Falle einer Kündigung und Räumung.

Das nach langen Überlegungen beschlossene Wohnungsbauprojekt für Studenten- und Sozialwohnungen, das nun durch den Investor HBK realisiert werden soll, darf nicht an dem Widerstand im KoZe scheitern – Der Wohnungsbau im Münzviertel muss im Interesse der Stadt und aller Bürger weiterhin Priorität haben. Eine Verfestigung linksextremistischer Gruppen rund um das KoZe, die ihre eigenen Ziele und Gestaltungsansprüche außerhalb der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen verfolgen, muss verhindert werden. Denn dass Partikularinteressen gegen das Wohl der Allgemeinheit aggressiv durchgesetzt werden, kann nicht akzeptiert werden. Der Senat hat den problematischen Entwicklungen viel zu lange tatenlos zugeschaut und sich trotz der eindeutigen Prognosen der Sicherheitsbehörden nicht um eine zeitnahe Kündigung bemüht. Um die Entwicklungen in diese Richtung nicht noch weiterlaufen zu lassen, muss nun konsequent gehandelt und die Nutzung des Gebäudes durch das KoZe schnellstmöglich durch eine ordnungsgemäße Kündigung beendet werden. Dabei ist durch den Senat sicherzustellen, dass die Nutzung auch tatsächlich beendet

und das Gelände fristengemäß geräumt wird. Denn je länger diese Maßnahmen aufgeschoben werden, desto stärker wird die Gefahr einer langfristigen Besetzung und politischen Instrumentalisierung des Gebäudes. In Hamburg darf sich keine zweite Rote Flora etablieren.

Neben der Verfolgung von Partikularinteressen und politischen Veranstaltungen mit linksextremistischem Hintergrund, die mit dem ursprünglichen Zwischennutzungsvertrag in keiner Weise bezweckt und allgemein nicht zu unterstützen sind, gibt es im Rahmen des KoZe jedoch auch einige wenige Projekte wie etwa die Fahrrad-Werkstatt oder einen Lebensmittelladen „Tante Münze“, die im Stadtteil gut angenommen werden und insofern langfristig unterstützungswert sind. Um also auch den Anliegen derjenigen im KoZe engagierten Personen, die hier kulturschaffend oder handwerklich tätig sind, Rechnung zu tragen, muss ein intensiver Dialog stattfinden, um alternative Nutzungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu finden. Der Senat ist hier in der Pflicht, sich um angemessene Bedingungen für diese betroffenen Projekte zu bemühen und dafür auf die verantwortlichen Personen zuzugehen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. auf eine schnellstmögliche Kündigung des Mietvertrags über die Räumlichkeiten in der Norderstraße 65 hinzuwirken, um eine langfristige Besetzung des Gebäudes zu verhindern.
2. sicherzustellen, dass der Kündigung Folge geleistet und das Gebäude innerhalb der maßgeblichen Fristen ordnungsgemäß geräumt wird, damit das Wohnungsbauprojekt der HBK mit Sozial- und Studentenwohnungen nicht weiter gefährdet wird.
3. alternative Möglichkeiten zur Fortführung der kulturellen und handwerklichen Projekte im Quartier zu prüfen, sofern ein entsprechendes Interesse der Verantwortlichen gegenüber den zuständigen Behörden und Ämtern geäußert wird und marktübliche Konditionen akzeptiert werden.